

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	61. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	20. Mai 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 20 der Tagesordnung: „JobRad“ für Karlsruhe
Antrag der Stadträtin Doris Baitinger und des Stadtrats Dr. Heinrich Maul (SPD)
sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 8. April 2014
Vorlage: 2014/0544

Beschluss:

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung und Überweisung in den Personalausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 20 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Dr. Maul (SPD): Der Antwort der Stadtverwaltung auf unseren vorhergehenden Antrag stand unsere Fraktionsvorsitzende etwas ratlos gegenüber. Der Antwort auf diesen Antrag stehe ich etwas unzufrieden gegenüber. Der Antrag geht dahin, ein Fahrradleasing einzuführen. Wir denken, das ist ein Beitrag, den wir eigentlich verfolgen sollten. Wir alle, Stadtverwaltung und Gemeinderat, haben es in den letzten Jahren geschafft, Karlsruhe zu einer wirklich guten Fahrradstadt zu machen. Unser Antrag soll einer kleiner Beitrag dazu sein auch insoweit, dieses Projekt weiterzuführen und auszubauen. Die Stadtverwaltung meint nun, die steuerlichen Vorteile der Bediensteten, die von diesem Fahrradangebot Gebrauch machen, werden relativ geringfügig und man könne sich nicht vorstellen, dass da ein besonderes Interesse bestehen würde.

Diese Idee haben wir uns nicht unbedingt selber ausgedacht, sie stammt aus Heilbronn. Wir haben uns dort erkundigt, wie das da läuft, ob man es wirklich in Gang gesetzt hat und haben erfahren, dass das Projekt dort am 1. März gestartet wurde und inzwischen 19 städtische Mitarbeiter davon Gebrauch gemacht haben. Heilbronn ist deutlich kleiner als wir und insofern denke ich, ist das für Heilbronn ein schöner Erfolg und zeigt, dass dort Interesse vorhanden ist. Das soll schon ein Grund sein, diese Sache jetzt nicht gleich unter den Tisch zu kehren. Es kann sein, dass die Ersparnisse bei Beamten eher

geringer sind, aber es gibt natürlich auch eine Menge städtischer Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis. Die hätten dann auch schon wieder größere steuerliche Vorteile.

Wir bitten daher darum, diesen Antrag in den Personalausschuss zu überweisen und bis zur dortigen Beratung bei den Beamten und Angestellten der Stadt Karlsruhe eine Umfrage durchzuführen, was man ja sehr leicht machen kann, ob für so ein Angebot Interesse besteht. Falls das Interesse besteht, sollten wir es weiterverfolgen. Findet sich kein Interesse, dann kann der Personalausschuss die Sache erledigen.

Stadtrat Maier (CDU): Die Idee klingt gut. Auch wir würden uns mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern freuen, ein solches Angebot nutzen zu können. Uns hat allerdings auch abgeschreckt, dass die Durchführung in der Praxis wohl recht kompliziert erscheint und der zu erwartende Aufwand für die Verwaltung recht hoch sein würde und das bei einem - laut der Antwort - recht gering einzuschätzendem Interesse. Wir kommen deshalb im Prinzip zum selben Ergebnis wie die Verwaltung, gehen aber gerne den Weg mit, das noch einmal vertieft zu beraten, um da einfach ein bisschen mehr Futter unterzulegen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Ich habe auch vor einigen Monaten die Werbung von der Firma LeaseRad bekommen, die eben dieses JobRad anbietet. Meines Wissens ist das die einzige Firma, die dieses Prinzip vertreibt. Ich habe dann einfach für mich überlegt, ist das für die städtischen Bediensteten interessant, ein Steuersparmodell zu haben. Angesichts der Gehälter, die in der Stadt bezahlt werden, das sind nun wirklich keine besonders guten.

(Heiterkeit)

Es gibt auch gut bezahlte Leute in der Stadtverwaltung, aber das betrifft wirklich wohl nur wenige.

(Erneute Heiterkeit)

Ich habe einfach so mal eingeschätzt, dass ein Steuersparmodell für die nun unbedingt nicht das ist, was die unbedingt brauchen und was die unbedingt haben wollen. Dann habe ich mir überlegt, welcher Verwaltungsaufwand dahinter steckt, wenn das wirklich eingeführt werden würde und habe deshalb ganz bewusst in meiner Fraktion vorgeschlagen, so einen Antrag zu stellen, nachdem ich mir das überlegt habe. Damals war es nur qualitativ, jetzt haben wir es mit Zahlen hinterlegt, wie es denn tatsächlich aussieht. Da meine ich, das macht einfach keinen Sinn. Wir sind wirklich für Fahrradförderung, wir gönnen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alles Mögliche, aber da sehe ich jetzt gar keinen Sinn drin, dieses Modell umzusetzen. Insofern sind wir mit der Antwort der Verwaltung einverstanden.

Stadtrat Dr. Fischer (KAL): Bisher haben wir das Ganze nur aus dem Blickwinkel der Mitarbeiter betrachtet. Da wurde schon dargelegt, dass das nicht unbedingt vorteilhaft für die sein wird. Das konnte man in den entsprechenden Veröffentlichungen schon lesen. Wenn man dann noch die Seite der Stadt anschaut, die dann diese Fahrräder leasen und dann an die Mitarbeiter vergeben müsste, dann zeigt sich - das war auch zu

lesen in den entsprechenden Veröffentlichungen -, dass das für eigentlich für kaum einen Arbeitnehmer sinnvoll ist und für die Stadt noch weniger, weil die ja noch die Mehrwertsteuer abführen muss. Es wäre günstiger, da die Stadt in Verhandlungen oder in entsprechenden Vertragsverhältnissen mit Fahrradherstellern ist, Fahrräder zu kaufen und entsprechend zur Verfügung zu stellen, weil wir die billiger bekommen würden. Wir bekommen einen deutlichen Sonderpreis eingeräumt. Bei diesen Leasingverträgen ist es eine Vorbedingung, dass man sich keine Rabatte einhandeln darf. Damit hat sich die Sache in meinen Augen schon prinzipiell erledigt. Es gäbe billigere Möglichkeiten, die Mitarbeiter zu fördern. Gerne kann man das Ganze aber noch einmal im Personalausschuss dann vorstellen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, das würde ich auch vorschlagen. Dann verweisen wir das in den Personalausschuss. Herr Stadtrat Dr. Heilgeist.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Herr Oberbürgermeister, gestatten Sie doch einen Hinweis, wie man das rechnerisch sieht. Der Steuerersparnis wegen handelt es sich um 1.000 Euro für ein Fahrrad. Für 100 Euro kauft es der Arbeitnehmer nach drei Jahren zurück, bleiben 900, die auf 36 Monate verteilt werden. In jedem Monat wird aus 25 Euro die Steuerersparnis berechnet. Ich bitte doch die Größenordnung dann zu beachten, bei dem Verwaltungsaufwand die die Stadt hat.

Der Vorsitzende: Das liegt dann in der Nähe der Arbeitnehmersparzulage. - Herr Stadtrat Jooß.

Stadtrat Jooß (FDP): Am Anfang war ich natürlich begeistert von der Idee als alter Radfahrer, ganz klar. Aber wenn man dann den Verwaltungsaufwand sieht - der geldwerte Vorteil ist noch zu versteuern, es ist nämlich kein Steuerabschreibungsmodell, es gibt einen Rat erst ab 1.000 Euro -, halte ich nicht viel von dieser Geschichte. Was Ebe Fischer im Vorfeld gesagt hat, halte ich für wesentlich günstiger, dass die Stadt sich Räder anschafft und die dann entsprechend verleiht an die Leute von der Verwaltung, die diese Räder in Anspruch nehmen sollen.

Der Vorsitzende: Ich will nur darauf hinweisen, wir haben eine ganze Dienstradflotte im Hof des Rathauses stehen, die übrigens meistens unbenutzt ist. Wir können gerne diesen Vorschlag noch einmal zum Anlass nehmen unter der Überschrift „attraktive Arbeitgeberin“ darüber nachzudenken, wie wir das Fahrradfahren von städtischer Seite für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern. Da gibt es auch noch ein paar andere Sachen bei der Frage zu diskutieren. Dann sind wir uns so einig, dass wir das Personalausschuss weiter diskutieren.

Zur Beurkundung:
Der Schriftführer: